www.tuerkei-aktuell.info

TÜRKEI[aktuell]

ANALYSEN ♦ HINTERGRUNDINFORMATIONEN ♦ NEWS

1. JUNI 2013

Demokratie à la Türkei: Polizeiterror gegen jegliche Opposition

Seit einigen Jahren wird die türkische Außenpolitik aufgrund ihrer imperialen Ambitionen im Nahen Osten als „neo-osmanisch“ bezeichnet. Dabei wird leicht übersehen, dass sich das Land im letzten Jahrzehnt auch im Inneren zu einem Staat verwandelt hat, der eher an ein Sultanat als an eine Demokratie erinnert. Selbst einige wenige Entscheidungen, die allein in der letzten Woche die Tagesordnung des Landes bestimmten, machen deutlich, dass diese Feststellung keine Übertreibung ist:

Anfang der Woche verabschiedete das türkische Parlament ein Gesetz, mit dem der Verkauf und Genuß von alkoholischen Getränken stark eingeschränkt wurden. Zunächst wurde es mit dem Jugendschutz begründet. Die Kritik an dem Gesetz wies der Ministerpräsident Erdoğan jedoch mit Hinweis auf das Alkoholverbot im Islam zurück.

Eine weitere Katze ließ seine Regierung mitte der Woche aus dem Sack, als der Grundstein für die dritte Brücke über dem Bosporus gelegt wurde. Sie habe entschieden, die Brücke nach dem osmanischen Sultan Yavuz Selim zu benennen. Dieser hatte Anfang des 16. Jahrhunderts das Osmanische Reich regiert und das Kalifat nach Istanbul geholt. Um seine Herrschaft zu verfestigen, hatte er Zehntausende Aleviten niedergemetzelt und ist heute ziemlich umstritten. Die Aleviten, die in der Ausübung ihres Glaubens eingeschränkt sind und rund ein Drittel der türkischen Bevölkerung ausmachen, sehen in dieser Namenswahl eine offene Kriegserklärung gegen sich.

Auch das dritte Beispiel hat einen Bezug zu der Liebe der AKP-Regierung zu ihren osmanischen Wurzeln. Es geht um den Bau einer Kaserne, die der damalige Sultan Anfang des 19. Jahrhunderts am heutigen Taksim-Platz bauen ließ und mitte des letzten Jahrhunderts abgerissen wurde. An ihrer Stelle steht heute der „Gezi-Park “ - aber nicht mehr lange. Denn nach Wunsch von Erdoğan und seiner AKP soll die alte Kaserne just auf diesem Parkgelände, einer der letzten verbliebenen Grünanlagen in der Metropole, wieder in neuem Glanz erstrahlen und die Passanten an die heroische osmanische Vergangenheit erinnern. Dass in der Kaserne ein Einkaufszentrum und unbezahlbare Lofts Platz finden sollen und die letzten Bäume im Herzen der Stadt Profit-Plänen zum Opfer fallen sollen, wird am liebsten verschwiegen. Deshalb wäre es keine Überraschung, wenn der OB von Istanbul (ein Parteifreund von Erdoğan) gegen die jüngste einstweilige Verfügung eines Istanbuler Gerichts die Bauarbeiten fortsetzt.

Seit fünf Tagen ist dieser Park zu einem Synonym für zivilen Ungehorsam geworden. Einige Hundert Umweltschützer, die vor fünf Tagen ein Zeltlager im Park errichtet hatten, gaben damit den Startschuss für eine Widerstandsbewegung, der sich mittlerweile weite Bevölkerungsteile angeschlossen haben. Intellektuelle, Gewerkschafter, Künstler stehen mit einfachen Bewohnern von Istanbul oder Aktivisten aus verschiedenen Lagern zusammen, um sich einem Beschluss zu widersetzen, der über ihre Köpfe hinweg getroffen wurde.

Die Zahl der Demonstranten, die trotz brutaler Polizeigewalt auf dem Platz verharren, stieg auf mehrere Tausend. Der Einsatz von Wasserwerfern und Pfefferspray, zahlreiche Verletzte und Massenverhaftungen vermochten nicht die Proteste zu beenden. Auch in anderen Städten versammelten sich Menschen, um gegen die Polizeigewalt zu demonstrieren.

Diese Proteste sind Ausdruck einer angestauten Wut gegen die Selbstherrlichkeit und den autoritären Regierungsstil der AKP, die auf die passende Gelegenheit für den Ausbruch gewartet hat. Ob der Konflikt um den „Gezi-Park“ diese passende Gelegenheit für einen nachhaltigen und wachsenden Widerstand bietet, kann man heute nicht vorhersagen. Eines steht jedoch fest: dieser Regierungsstil und der Polizeiterror, mit dem die AKP-Regierung jeder gesellschaftlichen Opposition begegnet, wird neuen Unmut und mehr Wut hervorrufen. Und irgendwann wird er nicht mehr mit mehr Terror zu unterbinden sein. Und das ist das Dilemma, in dem Erdoğan und seine Regierung stecken. Dass er dann seinen Platz in den Gesichtsbüchern neben den früheren Sultanen findet, wird nur eine Frage der Zeit sein.

AKP-Regierung bekämpft Gewerkschaften mit allen Mitteln

Weltweit sind die Gewerkschaften den Herrschenden ein Dorn im Auge – so auch in der Türkei. Von den Repressionen der AKP-Regierung gegen die demokratische Opposition bleiben die Gewerkschaften nicht verschont. Ganz im Gegenteil: sie werden brutal bekämpft, um die Wirtschaftsentwicklung zu Lasten der Beschäftigten forcieren.
Um die Gewerkschaften als einen wichtigen Faktor der gesellschaftlichen Proteste zu entmachten, setzt die AKP-Regierung unter dem Vorwand der Anpassung an das EU-Recht bzw. an die internationalen ILO-Standards Änderungen im Arbeitsrecht durch, ermutigt Arbeitgeber zur Unterdrückung der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben, verbietet kurzerhand Streiks, begünstigt die Arbeit der regierungsnahen Gewerkschaften und inhaftiert kämpferische Gewerkschafter. Der Grad der gewerkschaftlichen Organisierung, der vor dem Militärputsch im Jahre 1980 bei 47 Prozent lag, ist heute auf unter sieben Prozent zurückgegangen. In der Amtszeit des Ministerpräsidenten Erdogan seit 2002 wurde ein Rückgang um fast die Hälfte verzeichnet. Wie seine Regierung mit Gewerkschaften umgeht, machen zwei aktuelle Beispiele deutlich: Die Streiks bei Turkish Airlines und den staatlichen Teeverarbeitungsbetrieben:

Beispiel 1: Regierung als Streikbrecherin und Rechtsbeugerin

Vor einem Jahr, am 29. Mai 2012 erhielten 305 Mitarbeiter der halbstaatlichen Fluggesellschaft Turkish Airlines (THY) eine SMS: „Da Sie unentschuldigt der Arbeit ferngeblieben sind, kündigen wir Ihnen heirmit fristlos.“ Die Empfänger dieser „blauen Briefe“ auf Handys hatten wenige Stunden zuvor die Arbeit niedergelegt, um gegen das neue Gewerkschaftsgesetz zu protestieren. Der Gesetzentwurf hatte die Gewerkschaften auf den Plan gerufen, weil damit in Betireben mit weniger als 30 Mitarbeitern die Kündigung erleichtert und die Gewerkschaftsarbeit erschwert wurde. Ungeachtet der Proteste wurde das Gesetz verabschiedet.

Auf ihrer Homepa präsentiert sich die THY stolz als das modernste Unternehmen der Türkei. Ihre Mitarbeiterinnen sind anderer Meinung.

Obwohl inzwischen in fast 150 Fällen die Kündigung in höchster Instanz für nichtig erklärt wurde und das Oberste Gericht die THY-Führung zur Wiedereinstellung bzw. Entschädigungszahlungen verurteilte, warten die Kläger heute noch auf die Umsetzung dieser Urteile. In der Zwischenzeit machte das Unternehmen nicht nur Schlagzeilen mit Entscheidungen wie „Verbot von Alkohol auf Inlandsflügen“ und „Verbot der Verwendung von grellem Lippenstift für Flugbegleiterinnen“, die es aufgrund öffentlicher Proteste teilweise zurückzog. Die Mitarbeiter beschäftigen allerdings viel mehr andere Skandale, die ihnen mittelalterliche Arbeitsbe-dingungen bescheren. Der Umgang der Unter-nehmensführung mit den Beschäftigten nach Gutsherrenart spüren sie besonders seit dem 15. Mai 2013, als sie erneut für bessere Arbeitsbedingungen und die Wiedereistellung ihrer Kollegen in den Streik traten.

So wurden zunächst Auszubildende in eintägigen Crash-Kursen zu „Flugbegleiterinnen“ ausgebildet und unter Verstoß gegen internationale Sicherheitsbestimmungen eingesetzt. Mitarbeiter von SunExpress, ein gemeinsames Tochterunternehmen von Turkish Airlines und Lufthansa, mußten im THY-Dress für ihre streikenden Kollegen einspringen. Mit Droh-SMSen versuchte man die Streikenden einzuschüchtern. Die Unternehmensleitung erklärte, die entlassenen 305 Beschäftigten keinesfalls wieder einstellen und somit am Rechtsbruch festhalten zu wollen.

Regierung in den Diensten der THY-Führung

Auch die Haltung der AKP-Regierung war weniger mittelalterlich. Sie schickte Sondereinheiten der Polizei vor die hermetisch abgeriegelte THY-Zentrale in Istanbul und ließ Streikende zusammenschlagen und das Streikzelt abreißen. Der Verkehrsminister höchstpersönlich hinderte die ihm unterstellten Aufsichtsbehörden daran, die von Hava-Is vorgeworfenen Verstöße gegen internationale Sicherheitsstandards zu überprüfen. Der Arbeitsminister bezeichnete den Streik als ungesetzlich und forderte die Streikenden zur Beendigung der Aktion auf. Ferner übte die Regierung Druck auf die Justizbehörden und ließ Klagen von Hava-Is zurückweisen. Mit Interventionen bei Medien versucht sie, die tatsächlichen Flugausfälle kleinzurechen.

Fortsetzung auf Seite 3 >>

Beispiel 2: AKP-Regierung rächt sich für verlorenen Arbeitskampf

Das staatliche Teeverarbeitungsunternehmen ÇAYKUR wurde vor wenigen Wochen zum Schauplatz eines Nebenkriegs zwischen der Regierung und der Gewerkschaftsbewegung. Am 22. April rief die Gewerkschaft Tek Gida-Is einen Streik für Lohnerhöhungen in den ÇAYKUR-Betrieben aus. Da die Beteiligung der Beschäftigten am Arbeitskampf hinter den Erwartungen blieb und die Produktion durch den Einsatz von Saisonarbeitern als Streikbrecher sichergestellt werden konnte, sah sich die Gewerkschaftsführung gezwungen, den Streik binnen kurzer Zeit für beendet zu erklären. Ferner erklärte sie, sie sei bereit, dem Angebot des Arbeitgebers zuzustimmen.
Dieser auf den ersten Blick als ein gewerkschaftlicher Mißerfolg erscheinende Vorgang entpuppt sich allerdings bei näherem Hinsehen als ein Racheakt der AKP-Regierung, mit dem sie zugleich eine kämpferische Gewerkschaft fast an den Rand des Ruins gebracht hätte.
Ungeachtet der Fehleinschätzung auf Seiten der Gewerkschaftsführung bei den Streikvorbereitungen stellte sich nämlich heraus, dass die seit Jahren andauernden Versuche der von der Regierung eingesetzten Unternehmensführung, die regierungsfreundliche Gewerkschaft Özgida-Is als Tarifpartner bei ÇAYKUR zu etablieren, nicht ohne Erfolg geblieben waren. Auch die Einschüchterungsversuche gegen die Mitglieder von Tek Gida-Is waren nicht folgenlos geblieben. Die Zahl derer, die diesem Druck nicht standhalten konnten und aus der Gewerkschaft austraten, war nicht zu unterschätzen. Schließlich führte der Einsatz der nicht gewerkschaftlich organisierten Saisonarbeiter als Streikbrecher zum Scheitern des Streiks. Seitdem wartet die Gewerkschaft vergebens auf die Unterzeichnung des vom Arbeitgeber vorgelegten Tarifvertrags. Die Gewerkschaftsfunktionäre, die seit Wochen für einen Tarifabschluß Gespräche mit Regierungsmitgliedern führen, wurden aufgefordert, den Gewerkschaftsvorsitzenden Mustafa Türkel zum Rücktritt zu bewegen. Ansonsten würde der Tarfivertrag nicht unterschrieben. Ihnen wurde auch mitgeteilt, dies sei der ausdrückliche Wunsch des Ministerpräsidenten Erdogan. Er sei nicht bereit, mit der von

Der TEKEL-Streik im Jahre 2009 war ein Schlag ins Gesicht der AKP-Regierung

Türkel geführten Gewerkschaft zu verhandeln, die nicht die Interessen der Beschäftigten verfolge, sondern Parteipolitik betreibe, wie man das beim TEKEL-Streik erlebt habe.

TEKEL? Da war doch was...

Gemeint ist der Streik der rund 12.000 Mitarbeiter beim staatlichen Tabakunternehmen TEKEL, der im Dezember 2008 in Ankara begann. TEKEL war im Zuge der Privatisierung teilweise an British American Tobacco verkauft worden. Die Beschäftigten hatten nach einem viermonatigen Streik erfolgreich gegen die Folgen der Privatisierung wie Transfer in andere Betriebe, Gehaltskürzungen sowie Verlust von tariflichen und sozialen Rechten gekämpft und ihre Foderungen zum Großteil durchgesetzt. Dieser Arbeitskampf bedeutete für die AKP-Regierung eine empfindliche Niederlage. Aus dem Arbeitskampf konnte die Gewerkschaftsbewegung neue Kraft schöpfen. Er ermutigte in zahlreichen Betriebe die Beschäftigten zu langatmigen Arbeitskämpfen.
Vor diesem Hintergrund erscheint die Haltung von Erdogan und seiner Regierung verständlich. Sie ist aber zugleich der Ausdruck für ihre gewerkschaftsfeindliche Politik. Dass sich eine Regierung anmaßt, über den Vorsitzenden einer Gewerkschaft zu bestimmen, ist allerdings selbst für die in ihrer Regierungszeit geschaffenen Verhältnisse in der Türkei ein Novum.

>> Fortsetzung von Seite 2

Trotz dieser Verbote und Hindernisse findet der Streik bei den rund 14.000 THY-Beschäftigten wachsenden Zulauf. In einer Erklärung bezeichnete Hava-Is ihren Arbeiteskampf bei Turkisch Airlines als den „Einsatz zur Verteidigung erkämpfter gewerkschaftlicher Rechte“ und kündigte einen Kampf bis zum bitteren Ende an: „Die vor einem Jahr entlassenen 305 Kollegen sind vor die Tür gesetzt worden, weil sie Gewerkschaftsmitglieder waren. Auch bei diesem Streik geht es dem Arbeitgeber und seinen Unterstützern darum, die Gewerkschaft aus dem Unternehmen zu verbannen. Ihre Versuche, die Einheit der Kolleginnen und Kollegen bei THYzu untergraben, werden wir ins Leere laufen lassen.“

Die Türkei: Ein Paradies für Zeit- und Leiharbeit

In der Türkei arbeiten rund 1,7 Mio. Menschen bei Zeit- bzw. Leiharbeitsfirmen. Rund zwei Drittel von ihnen sind in Betrieben des öffentlichen Dienstes beschäftigt. Dabei betrug die Zahl der Leiharbeiter im öffentlichen Dienst zu Beginn der Amtszeit der AKP-Regierung im Jahre 2002 rund 15.000. Die große Mehrheit der Leiharbeiter bekommt lediglich den Mindestlohn von umgerechnet 350 Euro. Die Zahl von Leiharbeiter, die nach mehrmonatiger Beschäftigung aufgrund fehlender gesetzlicher Schutzbestimmungen ohne Lohn und Abfindung auf die Straße gesetzt werden, geht in die Zigtausende. Auch die Ansprüche auf zusätzliche Sozialleistungen, Urlaub etc. sind für sie Fremdwörter. Das Arbeitsministerium arbeitet derzeit an einem Gesetzentwurf , der die rechtlichen Rahmenbedingungen der Leiharbeit regeln soll. Nach Angaben von Gewerkschaften dient der Gesetzentwurf nach seiner jetzigen Form lediglich dazu, das Land als ein Paradies für Zeit- bzw. Leiharbeitsfirmen weiter auszubauen. Danach sollen Gerichte als alleinige Prüfungsgremien bestimmt werden. So sollen sie überprüfen, ob die Firmen bestehende Regelungen einhalten. Sollten Verstöße festgestellt werden, werden nicht die Firmen, sondern die Leiharbeiter bestraft, indem man sie von einer Übernahme durch die auftraggebenden Unternehmen ausschließt. Ferner sollen Branchen, in denen bisher keine Leiharbeiter beschäftigt werden durften, von diesem Verbot ausgenommen werden.

In den Reihen der Gewerkschaften hat sich in den letzten Monaten Widerstand formiert. In zahlreichen Betrieben wurden gewerkschaftsübergreifende Arbeitsgruppen gebildet, die Proteste gegen Leiharbeit organisierten. Auch am Tag der Arbeit spielte die Leiharbeit eine bedeutende Rolle. Forderungen nach der Übernahme der Leiharbeiter sowie der Rücknahme des Gesetzentwurfs im Zentrum standen in vielen Städten im Mittelpunkt der Maikundgebungen.

Brüchiges Wirtschaftswachstum und soziale Ungerechtigkeit

Die von internationalen Ratingagenturen vergebenen Noten für die Bonität einer Wirtschaft sind zwar nicht das Maß aller Dinge. In der Wirtschaftswelt stellen sie jedoch eine Stütze für die Einschätzung der Wirtschaft in einem Land und ihre erwartete Entwicklung dar. So hob die Agentur S&P nach der Verkündung des Waffenstillstands durch die PKK die Bonität der Türkei von BB auf BB-Plus an.Auch Moody's folgte dieser Begründung und hob die Note der Türkei am Baa3 an. Doch nationale und vor allem internationale Großanleger halten sich bei Investitionen in der Türkei mit Hinweis auf das hohe Leistungsbilanzdefizit zurück. D.h. das Land verbraucht mehr als es produziert und verschuldet sich im Ausland.

In der Tat lag das Leistungsbilanzdefizit seit 2005 mit Ausnahme des Krisenjahrs 2009 bei über fünf Prozent und erreichte 2011 das Rekordhoch von 10 Prozent. Damit liegt die Türkei im Vergleich mit den 27 EU-Ländern an der Spitze. Im krisengebeutelten Griechenland weist die Leistungsbilanz ein Defizit von 9,9 Prozent auf. Das Defizit liegt in Portugal bei 7, in Zypern bei 4,7 und in Spanien bei 3,5 Prozent. Deutschland dagegen hat einen Überschuss von 5,6 Prozent.

Gefähliche Staatsverschuldung

Die Tilgung der Schulden beim IWF von insgesamt 23,5 Mrd. US-Dollar wird von der AKP-Regierung als Beweis für den Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik angepriesen. Regierungschef Erdogan brüstet sich damit, dass seine Regierung nicht mehr dem IWF-Diktat unterworfen sei. Dabei wird verschwiegen, dass in ihrer Regierungzeit die Auslandsverschuldung sich fast verdreifacht hat. So stieg die Ausslandsschuldensumme von 129,6 Mrd. Lira im Jahre 2002 auf 337 Mrd. Lira. Die Gesamtschulden stiegen im gleichen Zeitraum von 257 auf 563 Mrd. Lira. Der Anteil der Staatsschulden stieg dabei um knapp 60 Prozent auf 103 Mrd. US-Dollar. Die Verschuldung im Inland stieg knapp um 250 Prozent auf umgerechnet 220 Mrd. Dollar.

Soziale Ungerechtigkeit vertieft

Dass der vermeintliche Aufschwung und die hohe Wachstumsrate nicht bei Menschen ankommen, zeigen dagegen die Zahlen über die Verschuldung der Privathaushalte. So explodierten die Verbraucherkredite. In der Regierungszeit der AKP stiegen sie um das 38fache auf 255 Mrd. Lira.

Dagegen erhöhten die Unternehmer im gleichen Zeitraum ihre Gewinne. Selbst im Krisenjahr 2009 erhöhten die 1000 größten türkischen Unternehmen ihre Gewinne um mehr als 20 Prozent, während die Reallöhne um 17 Prozent zurückgingen. Die Zahl der Dollar-Milliardäre stieg von 13 auf 28 Prozent.

[Impressum]

V.i.S.d.P.: M. Calli, c/o Bigede e.V., Engeldamm 68, 10179 Berlin
Web: http://www.tuerkei-aktuell.info
E-Mail: info@tuerkei-aktuell.info